

EU produziert Fehlinformationen

Wie die EU Millionen ausgibt, um die Meinungsfreiheit zu ersticken.

21. Mai 2025 | Norman Lewis

Ein Gespenst geht um in Europa, aber es ist nicht das Gespenst der Desinformation oder der Hassrede. Es ist das Gespenst der Sprachkontrolle und der Zensur zur Unterdrückung der freien Meinungsäußerung. Und es kommt nicht aus China oder Russland, sondern aus dem Herzen der EU selbst: von der EU-Kommission.

Seit 2016, nach dem Brexit-Votum und der ersten Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten, ist die EU-Kommission, aufgeschreckt durch diese Entwicklungen, auf einem Kreuzzug, um die politische Erzählung Europas zu kontrollieren. Eine Form dieses Kreuzzuges ist die „Hassrede“ und „Desinformation“, die nach Ansicht der EU-Kommission eine wachsende Bedrohung für die soziale Stabilität und die Demokratie in Europa darstellt. Der Inhalt ist jedoch alles andere als der harmlose Akt einer verantwortungsvollen Regierung, den uns die EU-Kommission glauben machen will.

Angeführt von ihrem Flaggschiff, dem Digital Services Act (genauer gesagt dem Digital Surveillance Act), hat die Kommission einen autoritären Angriff auf die freie Meinungsäußerung und das europäische Volk unternommen, dem es ihrer Meinung nach an moralischer Unabhängigkeit fehlt, um in seinem Interesse zu denken und zu handeln.

Dieser neue Bericht von MCC Brüssel konzentriert sich auf die viel vernachlässigten Mittel, mit denen die EU-Kommission ihre narrativen Ziele verwirklicht. Die Recherchen haben die erschütternde Tatsache aufgedeckt, dass die Kommission Hunderte von nicht rechenschaftspflichtigen NGOs und Universitäten für die Durchführung von 349 Projekten im Zusammenhang mit der Bekämpfung von „Hassreden“ und „Desinformation“ mit fast 649 Millionen Euro finanziert hat.

Das sind einunddreißig Prozent mehr als die Mittel, die für transnationale Forschungs- und Innovationsprojekte zu verschiedenen [krebsbezogenen Zielen](#) bereitgestellt werden (494 Millionen Euro). Für die EU-Kommission hat die Eindämmung des Krebses der freien Meinungsäußerung mehr Priorität als die geschätzten 4,5 Millionen neuen Krebsfälle und fast 2 Millionen Krebstote in Europa im Jahr [2022](#). Das Geld der Steuerzahler wurde bewusst zur Finanzierung eines orwellischen Desinformationskomplexes verwendet, um die Sprache der öffentlichen Debatte zu diktieren und zu kontrollieren.

Dieser Bericht zeigt auf, dass das Geld der Steuerzahler ohne jede öffentliche Rechenschaftspflicht verwendet wird. Es ist wichtig, dies aufzudecken. Aber dieser Bericht ist noch wichtiger als das. Er ist ein dringender Akt der demokratischen Wachsamkeit. Denn wenn die Sprache verengt, aufgeweicht, verschleiert oder ihrer Bedeutung beraubt wird, gibt es auch keine Möglichkeit des Widerstands und der Entwicklung von Alternativen.

Das Ministerium für narrative Kontrolle

Ein früherer Bericht aus dem Jahr 2024, [Controlling the Narrative: The EU's Attack on Online Speech](#) (Der Angriff der EU auf die Online-Sprache), beschrieb das Zensur-Betriebssystem der EU und wie das EU-Ministerium für Wahrheit dieses verwaltet. Dieser Bericht deckt jedoch das EU-Ministerium für die Kontrolle der Narrative auf, das das umfangreichste Bestreben in der europäischen Geschichte verfolgt, die Sprache der politischen Rede zu regulieren.

Was nicht vollständig verstanden wird, ist, wie das EU-Ministerium für Narrative Control die Parameter des Narrativs „Hassrede“ und „Desinformation“ kuratiert. An den geförderten Projekten sind die Zivilgesellschaft, Universitäten und Forschungsunternehmen beteiligt, die die Annahmen, auf denen dieses narrative Täuschungsmanöver beruht, selbstbewusst legitimieren, unterstützen und fördern. Die Sprache und die Annahmen, die diese unkritisch akzeptieren und fördern, bilden eine sich selbst erfüllende Schleife, die die Existenz des Narrativs der „Hassrede“ und der „Desinformation“ einfach ‚beweist‘, was dann weitere „Forschung“ erfordert, die wenig überraschend feststellt, dass noch mehr Forschung erforderlich ist.

Der Erfolg der EU bei den Sprachvorgaben für die öffentliche Kommunikation ist bemerkenswert. Es handelt sich um ein Lexikon, das verinnerlicht und nie in Frage gestellt wurde, ob in den Debatten des EU-Parlaments, im Internet oder in den Medien. Und doch durchdringt sie alles. Der Rechtsakt über digitale Dienste ist seine Krönung. Damit hat die Kommission nicht nur ihr Recht durchgesetzt, zu bestimmen, was online gesagt werden darf und was nicht, sondern auch den Orwellschen Neusprech im Herzen der EU-Sprache kodifiziert, oder was der Bericht als NEUSpeak bezeichnet.

Der DSA wird als ein Meilenstein der Gesetzgebung dargestellt, der darauf abzielt, einen sichereren digitalen Raum zu schaffen, in dem die Grundrechte der Nutzer geschützt sind und die Plattformen der sozialen Medien verpflichtet sind, verantwortungsvoll zu handeln. Der Begriff „Service“ ist eines der subtilsten und heimtückischsten Stücke des bürokratischen Neusprech. Oberflächlich betrachtet klingt er gutartig, sogar wohlwollend, aber er ist ein rhetorisches trojanisches Pferd, hinter dem sich eine autoritäre, zensorische Absicht verbirgt.

Wenn man Plattformen wie Facebook, X, YouTube oder TikTok als „Dienste“ bezeichnet, klingt das auf den ersten Blick wie Versorgungsunternehmen – passive Infrastrukturen, die Inhalte wie Strom oder Wasser bereitstellen – eher wie technische und verfahrenstechnische Einheiten als wie inhärent politische und ideologische Einheiten. Dies entpolitisiert den öffentlichen Raum des 21. Jahrhunderts und verschleiern die Tatsache, dass es sich bei diesen Unternehmen um private, nicht rechenschaftspflichtige, profitorientierte Einrichtungen handelt, die über enorme Befugnisse verfügen, um die öffentliche Debatte durch algorithmisch erzwungene Sprachgrenzen zu gestalten. Es wird ausgeblendet, dass es darum geht, ob private, nicht rechenschaftspflichtige Unternehmen oder die ebenso wenig rechenschaftspflichtige Kommission die Wahrheit bestimmen dürfen und wer sie aussprechen darf.

Der „Service“ verändert die Beziehung zwischen Bürgern und Social-Media-Plattformen:

Der Nutzer ist kein aktiver Bürger, sondern ein datenproduzierender „Endnutzer“ innerhalb eines streng regulierten kommerziellen Rahmens, der zunehmend von staatlichen Prioritäten diktiert wird.

- Die freie Meinungsäußerung wird als Ware dargestellt, die nur unter bestimmten Bedingungen geliefert wird, und nicht als etwas Unveräußerliches.
- Dissens und alles, was als gefährlich gilt, wird zu einem Risikofaktor, den es zu kontrollieren gilt.
- Die Regulierung von Sprache – die Zensur – ist kein politisches Instrument, sondern ein technisches Mittel zur Optimierung von Dienstleistungen, die Feinabstimmung eines technischen Systems.
- Die Richtlinie ersetzt die Politik, während Widerstand als Vertragsbruch isoliert wird.
- Begriffe wie „illegale Inhalte“ und „systemische Risiken“ werden nie definiert, sondern sind absichtlich vage gehalten. Dies schafft ein Umfeld ständiger Zweifel, in dem die Selbstzensur aller Beteiligten zum Standard wird.
- Die Kommission wiederum vermeidet den Anschein einer direkten Zensur, während sie die Durchsetzung an private Akteure auslagert und sich so aus der Verantwortung zieht. Dies ist Zensur durch einen nicht rechenschaftspflichtigen, ausgelagerten Bevollmächtigten.

Die technische Durchsetzung durch ausgewiesene „vertrauenswürdige Kennzeichner“ – Stellen, die befugt sind, Inhalte zur raschen Entfernung zu melden – ist eine weitere Ebene der Vernebelung. Dabei handelt es sich nicht um unabhängige, bündnisfreie, neutrale Organisationen, die auf die Durchsetzung von Objektivität eingeschworen sind. Oft handelt es sich um nicht gewählte NGOs oder staatlich orientierte Organisationen, die eng mit der föderalistischen ideologischen Agenda der Kommission verbunden sind.

Die technokratische Sprache suggeriert neutrale Sachkenntnis, aber der Einsatz dieser Bevollmächtigten etabliert eine Hierarchie der Sprache, in der bestimmten Stimmen bei der Gestaltung der Informationslandschaft institutionelle Priorität eingeräumt wird.

Auf diese Weise zensiert der DSA nicht offen, sondern firmiert das von ihm durchgesetzte Regime um zur Infrastruktur für neutrale Inhaltsmoderation. Der DSA bringt Stimmen nicht direkt zum Schweigen – er baut Systeme auf, in denen Schweigen die sicherste Option für Social-Media-Plattformen und Nutzer wird. Und das alles, während sie den geschmeidigen Manager-Dialekt der EU-Politiksprache spricht: eine Sprache, die nicht darauf ausgelegt ist, zu alarmieren, sondern zu sedieren, zu verwirren und zu kontrollieren.

Die im DSA eingebettete Sprache legt die rechtlichen Bedingungen für die Sprachkontrolle fest. Sie geben den Rahmen für das öffentliche Gespräch und damit die Bedingungen vor, innerhalb derer die Debatte über die Meinungsfreiheit in ganz Europa konzipiert und geführt wird. Der springende Punkt ist jedoch, dass dies durch ein kuratiertes Narrativ unterstützt wird, das die Idee verstärkt, dass dies die einzig akzeptable Art und Weise ist, wie eine öffentliche Debatte geführt werden kann.

Durch die Festlegung der Sprache werden die Bedingungen für das Gespräch bestimmt.

Was man vielleicht nicht weiß, ist, dass die 349 identifizierten finanzierten Projekte, an denen Hunderte von NGOs, Universitäten und gewinnorientierten Forschungseinrichtungen beteiligt sind, nur die Spitze eines Eisbergs sind. Diese Projekte sind nur im EU-Finanzierungs- und Ausschreibungsportal und in der Datenbank des Horizon-Programms, Cordis, aufgeführt. Es gibt noch viele

weitere Projekte, die nicht als „Hassrede“ oder „Desinformation“ bezeichnet werden, aber das gleiche Narrativ fördern. In dem Bericht wird hervorgehoben, dass die EU in den letzten zehn Jahren 227 Projekte zum Thema „psychische Gesundheit“ finanziert hat, die zahlreiche Beispiele für Projekte enthalten, die zwar einen tangentialen Bezug zur psychischen Gesundheit haben, aber einen direkten Bezug zum gleichen Narrativ aufweisen. Darüber hinaus werden zahlreiche Minderheitengruppen finanziert, die in fast jeder offiziellen EU-Definition von Hassreden vorkommen und als Opfer von Hassreden und Desinformation angesehen werden. Jede Gruppe wird von einer EU-Strategieposition abgedeckt, die zahlreiche Initiativen und Finanzierungen in verschiedenen Bereichen umfasst, so dass es fast unmöglich ist, den Umfang der tatsächlichen Ausgaben der EU zu berechnen.

Die Ausgaben verdeutlichen ein Paradoxon. Die Höhe der Ausgaben offenbart eine unbequeme Wahrheit: Die EU stützt sich auf die Institutionalisierung genau der Dinge, die sie angeblich auslöschen will. Sie ist bereit, über eine halbe Milliarde Euro auszugeben, um ihren Kreuzzug zur Kontrolle der Meinungsäußerung zu legitimieren und die wachsende populistische Flut zu delegitimieren.

Dies sollte nicht in einem konspirativen Sinne verstanden werden. Die EU fördert keine Hassrede oder Desinformation; ihr Ziel ist die freie Meinungsäußerung. Sie fürchtet die freie Meinungsäußerung wegen ihrer unberechenbaren Energie, weil sie es ermöglicht, alternative Narrative zu äußern und in Erwägung zu ziehen, und, welch ein Graus, weil sie suggeriert, dass die europäischen Bürger immer noch moralische Unabhängigkeit besitzen und damit die Fähigkeit, Wahrheit von Lügen und Information von Desinformation zu unterscheiden, ohne sich auf Experten oder nicht gewählte Technokraten verlassen zu müssen, die angeblich wissen, was das Beste für sie ist.

Es ist von entscheidender Bedeutung zu verstehen, dass die EU einen stillen Krieg führt, um die Sprache zu regulieren und dadurch alternative Narrative wie die wachsende Flut der populistischen Opposition zu de-legitimieren. Dies ist ein Kampf um die Sprache und die Legitimität, die Bedingungen der öffentlichen Kommunikation zu diktieren. Es handelt sich um einen von oben verordneten, autoritär kuratierten Konsens, bei dem die Meinungsäußerung nur dann frei ist, wenn sie die von der Kommission festgelegte Sprache der Konformität spricht.

Dies ist keine Zensur im stumpfen, autoritären Sinne. Es ist die Schaffung einer diskursiven Architektur, die Dissens durch Sprachkontrolle verwaltet – indem sie neu definiert, was als akzeptabler Diskurs gilt und wer ihn gestalten darf. Die Stimmen werden nicht zum Schweigen gebracht, sondern in einer Welle von Euphemismus, Analytik und Politik untergetaucht. Im Grunde ist der Kampf um Narrative ein Kampf um Bedeutung. Und in diesem Krieg bestimmt derjenige, der die Sprache kontrolliert, die Grenzen der politischen Vorstellungskraft.

Der Kampf um die Sprache wird oft übersehen oder als zweitrangig betrachtet. Doch wie der Bericht anhand zahlreicher Beispiele für die in geförderten Projekten verwendete Sprache zeigt, ist Sprache nicht nur eine Technik der Kommunikation. Sie ist die Art und Weise, wie wir denken, uns vorstellen und entscheiden, was real und bedeutungsvoll ist. Jede Gesellschaft, ob demokratisch oder autoritär, ist auf Sprache angewiesen, um ihre Werte und ihre Bedeutung, ihre Konflikte und ihre Grenzen zu gestalten. Die Worte, die uns gegeben werden, bestimmen, was wir sehen können, was wir benennen können und was wir in Frage stellen können. Wenn die Sprache von Staaten, Institutionen oder NGOs kontrolliert wird, verringert sich auch die Bandbreite des Denkens und des

Dissenses. Eine Gesellschaft, die Überwachung als „Sicherheit“ oder Zensur als „Inhaltsmoderation“ umdefiniert, muss die Bürger nicht völlig zum Schweigen bringen; sie ändert lediglich die Bedeutung ihres Schweigens.

Sprache ist die Software-Infrastruktur des EU-Ministeriums für die Kontrolle von Narrativen. Wenn die EU-Kommission Hassreden, Desinformation oder Extremismus definiert, identifiziert sie keine Probleme – sie zieht die Grenzen dafür, was gesagt werden darf, von wem und mit welchen Konsequenzen. Diese Definitionen sind nicht neutral. Sie haben ideologisches Gewicht, vor allem wenn sie im neutralen, obskurantistischen Ton der politischen Sprache vorgetragen werden.

Ganze Kategorien politischer Äußerungen werden als illegitim umcodiert. Vor allem populistische politische Bewegungen – insbesondere solche, die der EU-Integration, der Einwanderung oder dem Green Deal kritisch gegenüberstehen – werden zunehmend nicht mehr als politische Ideen betrachtet, die es zu diskutieren gilt, sondern als algorithmische Vektoren von Hass, Extremismus oder Fehlinformationen.

Populistische Sprache wird nicht aus ideologischen oder demokratischen Gründen untersucht, sondern durch technische und moralische Rahmenbedingungen, die rhetorische Fragen aufwerfen. Die Antworten auf diese Fragen sind bereits im Voraus bekannt, z. B. ob sie schädliche Stereotypen fördern. Oder ob sie das Vertrauen in Institutionen untergraben? Oder ob sie gegen die Leitlinien der Gemeinschaft verstoßen?

Populismus wird (noch) nicht direkt geächtet. Aber er wird systematisch sprachlich abgewertet, standardmäßig verdächtig gemacht, immer am Rande der Inakzeptabilität platziert, eine stille Form der Entlegitimierung, die durch die Sprache der Höflichkeit und Toleranz stillschweigend durchgesetzt wird. Und wenn dies zur Norm wird, schrumpft der Spielraum für demokratischen Wettbewerb. Sobald populistischer Dissens als Hass pathologisiert oder als Bedrohung für die Cybersicherheit behandelt wird, muss man sich nicht mehr mit ihm auseinandersetzen. Er kann überwacht, überprüft, unter Quarantäne gestellt und entfernt werden. Mit dem Vokabular der öffentlichen Sicherheit und der Mäßigung wird die öffentliche Debatte zunehmend wie eine öffentliche Gesundheitskrise gemanagt, ein Hygieneregime, das die Sprache reinigt und die Giftstoffe beseitigt, um „gesunde Stimmen“ zu fördern.

Dieser zutiefst unehrliche Orwell'sche Kreuzzug unterscheidet sich von historischen Versuchen, die Redefreiheit zu verbieten. Es werden keine Bücher verbrannt oder abweichende Meinungen mit Schaftstiefeln unterdrückt. Vielmehr handelt es sich um einen stillen und gezielten Krieg, der in der Öffentlichkeit geführt wird, um die Sprache der Unterhaltung zu kontrollieren. Die Kommission hat zu Recht erkannt, dass die Kontrolle der Sprache die Kontrolle des Gesprächs bedeutet. Und wenn sie Informationen und die Wahrheit kontrollieren kann, kontrolliert sie die Geschichte, die Vergangenheit und die Zukunft.

Die Aufdeckung der Verwendung von Steuergeldern ohne jegliche öffentliche Rechenschaftspflicht ist von entscheidender Bedeutung. Die Aufdeckung des Sprachenkriegs ist jedoch ein noch notwendigerer Akt demokratischer Wachsamkeit. Die Unehrlichkeit, die diesem Kreuzzug zugrunde liegt, ist monumental: Vorgegebene Ergebnisse werden so dargestellt, als wären sie das unparteiische Ergebnis „unabhängiger“ Forschung und Praxis.

Doch all dies dient dazu, Schwächen und nicht Stärken hervorzuheben. Die Notwendigkeit, ständig einen künstlichen Konsens herzustellen, zeigt, dass dieses Narrativ keine organische Verbindung zu der sozialen Realität hat, die es vorgibt, widerzuspiegeln. Es handelt sich um eine von oben verordnete Einbildung, die aufrechterhalten wird, um den Status quo zu legitimieren, den Millionen von Europäern nun in Frage stellen und gegen den sie sich aussprechen.

649 Millionen Euro sind eine Menge Geld, um die Tatsache zu verbergen, dass die Kommission nur durch negative Autorität und Manipulation regieren kann; sie hat tatsächlich keine Kleider.